

Pensionszusage für unseren Gesellschafter-Geschäftsführer (GGF)

_____ Geburtsdatum: _____

_____ Diensteintrittsdatum: _____

Gründungsdatum der GmbH: _____

Status im Zeitpunkt der Zusageerteilung^x:

steuerlich beherrschender GGF

steuerlich nicht beherrschender GGF

In Anerkennung und aus Anlass Ihrer uns geleisteten Dienste und im Bestreben, die Verbundenheit mit unserem Unternehmen noch enger zu gestalten, haben wir uns entschlossen, Ihnen eine **Alters- und Hinterbliebenenversorgung** nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu gewähren:

I. Pensionszusage

1. Art und Höhe der Versorgung

Der Pensionszusage liegt ein mittels einer Lebensversicherung rückgedecktes Versorgungskonzept zugrunde. Bei dieser Pensionszusage handelt es sich um eine beitragsorientierte Leistungszusage. Hierbei wenden wir während der Dauer Ihres aktiven Dienstverhältnisses für Ihre betriebliche Altersversorgung bestimmte Versorgungsbeträge auf. Die Versorgungsbeträge werden auf der Grundlage dieser Zusage in Versorgungsleistungen umgerechnet.

Der einmalige[#] jährliche halbjährliche vierteljährliche monatliche Versorgungsbetrag (bitte das zutreffende Kästchen ankreuzen) beträgt _____ EUR. Der Versorgungsbetrag wird erstmals am _____ bei laufender Beitragszahlung bis zum Eintritt des Versorgungsfalles, längstens bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses, angewendet. Endet das Dienstverhältnis vor dem folgenden Versorgungsstichtag, werden wir für den Zeitraum des vorangegangenen Versorgungsstichtages bis zum Ende des Dienstverhältnisses keinen Versorgungsbetrag erbringen.

Die Umrechnung des Versorgungsbetrags in eine Anwartschaft auf Versorgungsleistung erfolgt auf Basis des Lebensversicherungstarifes _____ der Allianz Lebensversicherungs-AG (Rückdeckungsversicherung Nr. _____) zum Zeitpunkt der Erhöhung der Zusage.

^x Zutreffendes bitte ankreuzen. Ein GGF beherrscht eine GmbH aus steuerlicher Sicht, wenn er den Abschluss eines Geschäfts erzwingen kann. Hat er mehr als 50 % der Stimmrechte, dann ist er in der Regel beherrschend. Eine Beteiligung von 50 % oder weniger der Stimmen reicht dann aus, wenn besondere Umstände vorliegen, insbesondere, wenn mehrere GGF aufgrund gleichgerichteter Interessen zusammenwirken. Achtung: Die Interessenübereinstimmung muss im Einzelfall konkret geprüft werden; es wird eine Rücksprache mit dem steuerlichen Berater der Firma empfohlen.

[#] Beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer könnte die Finanzverwaltung bei einmaliger Beitragszahlung und der Vereinbarung einer sofortigen vertraglichen Unverfallbarkeit (vgl. Ziffer „vorzeitige Beendigung (Unverfallbarkeit)“ im Fall des vorzeitigen Ausscheidens von einer verdeckten Gewinnausschüttung ausgehen, wenn zu diesem Zeitpunkt der beitragsfreie Wert der Rückdeckungsversicherung über dem ratierlichen (s/t-tel) Anspruch liegt (BMF-Schreiben vom 09.12.2002). Es wird eine Rücksprache mit dem steuerlichen Berater der Firma empfohlen.

Die Höhe der Versorgungsleistungen richtet sich nach dem jeweiligen Versicherungsbeitrag, dem gewählten Tarif, dem Alter des Mitarbeiters bei Versicherungsbeginn und der Versicherungsdauer. Die Höhe der Versorgungsleistungen ergibt sich aus Ziffer 1.1 und 1.2 und entspricht der Höhe nach den garantierten Leistungen der Rückdeckungsversicherung Nr. _____.

Soweit unsere Beitragsleistungen in diese zur Rückdeckung der Zusage von uns abgeschlossenen Versicherung dazu führen, dass wir aus der Rückdeckungsversicherung höhere Leistungen als die zuvor genannten Versorgungsleistungen beanspruchen können, so erhöht sich Ihr Anspruch auf die einzelnen Versorgungsleistungen auf einen Betrag in dieser Höhe, jeweils ab dem Zeitpunkt, ab dem die Erhöhung der Versicherungsleistungen wirksam geworden ist. Eine einmal erfolgte Erhöhung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Sie erhalten jährlich von uns eine Standmitteilung über die Höhe der Versorgungsanwartschaft.

Für Dienstzeiten, in denen Sie keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt haben (z. B. bei lang andauernder Krankheit, Elternzeit, unbezahltem Urlaub) und für die wir auch nicht kraft gesetzlicher Vorschrift Beträge zu leisten haben (entgeltlose Dienstzeiten), wird von uns kein Versorgungsbetrag erbracht. In diesem Fall reduziert sich die nachfolgend aufgeführte Versorgungsanwartschaft bei Eintritt in eine entgeltlose Dienstzeit auf die Leistung, die aus den bis dahin aufgewendeten Beträgen finanziert werden kann. Wird das Dienstverhältnis im Anschluss an die entgeltlose Dienstzeit mit Anspruch auf Entgelt fortgesetzt, wenden wir ab diesem Zeitpunkt wieder Versorgungsbeträge auf. Die Versorgungsanwartschaft wird nach Maßgabe der Ziffer 1 Absätze 3 und 4 entsprechend der dann maßgebenden versicherungstechnischen Umsetzungsmöglichkeit angepasst. Die Höhe der Versorgungsanwartschaft wird Ihnen dann durch einen Nachtrag mitgeteilt.

Bei einem Wechsel von einer Vollzeit- zu einer Teilzeitbeschäftigung und umgekehrt ändert sich die Versorgungsleistung entsprechend der Veränderung des Versorgungsbetrages. Der geänderte Versorgungsbetrag wird in Abhängigkeit von dem Beschäftigungsgrad diesem entsprechend neu festgesetzt. Die Höhe der neuen Versorgungsleistung ergibt sich aus der versicherungstechnischen Umsetzung des ursprünglichen und des geänderten Versorgungsbetrages. Hierüber erhalten Sie bei einer Veränderung des Beschäftigungsgrades einen Nachtrag.

1.1 Altersversorgung

Auf der Grundlage der Umrechnung der Versorgungsbeträge in eine Anwartschaft auf Versorgungsleistungen erhalten Sie eine lebenslängliche monatliche **Altersrente** in Höhe von _____ EUR[°], wenn Sie zum bzw. nach dem _____^{°°} aus unseren Diensten ausscheiden.

Scheiden Sie nach Vollendung des 62., aber vor dem _____^{°°} aus unseren Diensten aus, um in den Ruhestand zu treten, so können Sie die betriebliche Altersrente bereits von diesem Zeitpunkt an verlangen (vorgezogene Altersrente). In diesem Fall erhalten Sie die Versorgungsleistungen, die aus den bis zu diesem Zeitpunkt aufgewendeten Beträgen finanziert werden können (siehe Ziffer 3).

[°] Hier muss die Garantierente bei Erleben eingetragen werden.

^{°°} Bitte tragen Sie hier das Datum des Ablaufs des Rückdeckungsversicherungsvertrages ein. (bitte beachten Sie, dass bei steuerlich beherrschenden GGF frühestens die Vollendung des 67. Lebensjahres steuerlich anerkannt wird und ein niedrigeres Endalter zu einer vGA führt. Bei der vorzeitigen Inanspruchnahme besteht die Gefahr, dass die Finanzverwaltung auch dann eine vGA annimmt, soweit die vorgezogene Inanspruchnahme vor Vollendung des 67. Lebensjahres erfolgt)

1.2 Hinterbliebenenversorgung

Ihr im Zeitpunkt Ihres Ablebens mit Ihnen in gültiger Ehe lebender Ehegatte erhält im Falle Ihres Ablebens vor Eintritt des Versorgungsfalles gemäß Ziffer 1.1 ein Hinterbliebenenkapital in Höhe von _____⁺ EUR.

Für den Fall, dass Sie vor Eintritt des Versorgungsfalles gemäß Ziffer 1.1 ableben und kein Ehegatte vorhanden ist, erhält der im Zeitpunkt Ihres Ablebens vorhandene Lebenspartner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das in Ziffer 1.2 Absatz 1 genannte Hinterbliebenenkapital. Die Zusage auf das Hinterbliebenenkapital erlischt im Falle der gerichtlichen Aufhebung der Lebenspartnerschaft.

Für den Fall, dass Sie vor Eintritt des Versorgungsfalles gemäß Ziffer 1.1 ableben und weder ein Ehegatte noch ein eingetragener Lebenspartner vorhanden ist, erhalten Ihre Kinder im Sinne des § 32 Abs. 3 und 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 EStG das in Ziffer 1.2 Absatz 1 genannte Hinterbliebenenkapital zu gleichen Teilen.

Diesen Kindern stehen die Kinder gleich, die in einem Obhuts- und Pflegeverhältnis zu Ihnen stehen (Pflegekind/Stiefkind und faktisches Stiefkind), vorausgesetzt sie werden auf Dauer im Haushalt aufgenommen und versorgt, erfüllen die Voraussetzungen des § 32 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 EStG und haben auch im Falle des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 EStG das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet. Weiterhin müssen diese Kinder vor Eintritt des Versorgungsfalles in einer gesonderten Erklärung zur Benennung eines Pflegekindes/Stiefkindes, faktischen Stiefkindes – unter Angabe von Name Geburtsdatum und Anschrift – benannt werden, Diese Erklärung muss vor Eintritt des Versorgungsfalles dem Arbeitgeber vorliegen.

Für den Fall, dass Sie vor Eintritt des Versorgungsfalles gemäß Ziffer 1.1 ableben und weder ein Ehegatte, noch ein eingetragener Lebenspartner, noch Kinder im Sinne des § 32 Abs. 3 und 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 EStG vorhanden sind, erhält Ihr Lebensgefährte, Frau/Herr _____, geb. am _____, wohnhaft in _____ (Straße, Postleitzahl, Ort), das in Ziffer 1.2 Absatz 1 genannte Hinterbliebenenkapital. Die Zusage gilt unverändert weiter, falls Sie ihren Lebensgefährten heiraten. Die Zusage erlischt, sofern kein gemeinsamer Wohnsitz oder keine gemeinsame Haushaltsführung mit Ihrem Lebensgefährten mehr bestehen bzw. im Falle einer rechtskräftigen Scheidung nach vorheriger Heirat. Leistungsvoraussetzung ist weiter, dass vor Eintritt des Versorgungsfalles die Mitarbeitererklärung zur Benennung eines Lebensgefährten als Hinterbliebener vorliegt.

Versterben Sie nach Eintritt des Versorgungsfalles gemäß Ziffer 1.1 und haben Sie im Zeitpunkt Ihres Ablebens die Altersrente noch keine _____ Jahre bezogen, hat der zum Todeszeitpunkt vorhandene Hinterbliebene Anspruch auf ein Hinterbliebenenkapital in Höhe des _____fachen Jahresbetrages der zu Rentenbeginn garantierten Altersrente, abzüglich der bereits zu Rentenbeginn garantierten gezahlten Altersrenten.

Für den Fall einer Selbsttötung erbringen wir Leistungen an Hinterbliebene, wenn und insoweit die bei der Allianz Lebensversicherungs-AG abgeschlossene Rückdeckungsversicherung leistet.

⁺ Hier muss der erste Betrag, der auf jeden Fall ausgezahlt wird, eingetragen werden.

1.3 Kapitaloption

Sie sind berechtigt, im zeitlichen Zusammenhang mit dem Eintritt des Versorgungsfalles gemäß Ziffer 1.1 rechtzeitig anstelle der Rente eine einmalige Kapitalzahlung in Höhe des Barwertes der Rentenverpflichtung zu verlangen. Mit der Kapitalzahlung erlöschen sämtliche Ansprüche aus der Pensionszusage. Dieses Leistungsbestimmungsrecht gilt als rechtzeitig ausgeübt, wenn Sie uns bis spätestens 2 Monate vor Eintritt des Versorgungsfalles schriftlich mitgeteilt haben, dass die Leistung in Form einer Kapitalzahlung erfolgen soll. Der Ermittlung des Kapitalbetrages werden als Rechnungsgrundlage die zum Zeitpunkt der Ausübung des Leistungsbestimmungsrechtes jeweils gültigen Richttafeln Dr. Klaus Heubeck mit dem jeweils nach § 6a EStG gültigen Rechnungszins zugrunde gelegt. Ziffer 1 Absatz 4 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

2. Zahlung der Versorgungsleistungen

Die Renten werden am Ersten eines jeden Monats gezahlt, und zwar erstmalig für den Monat, der auf das die Rentenzahlung auslösende Ereignis folgt, letztmalig für den Monat, in dem die Voraussetzungen für die Rentenzahlung weggefallen sind.

Die Auszahlung eines Hinterbliebenenkapitals erfolgt zum Ersten des Monats, der auf das die Rentenzahlung auslösende Ereignis folgt.

In den Fällen, in denen die Kapitaloption (siehe Ziffer 1.3) in Anspruch genommen wird, wird das Versorgungskapital zum unter Ziffer 1.1 genannten Termin fällig.

3. Vorzeitige Beendigung des Dienstverhältnisses

Scheiden Sie vor Eintritt des Versorgungsfalles aus unseren Diensten aus, bleiben die erdienten Versorgungsansprüche aus dieser Zusage erhalten. Die Höhe der erdienten Anwartschaft auf die zugesagten Leistungen entspricht der beitragsfreien Leistung der vorgenannten Rückdeckungsversicherung im Ausscheidezeitpunkt. Ziffer 1.1 Absatz 2 gilt entsprechend.

4. Anpassung der Leistungen

Die laufenden Rentenleistungen erhöhen sich jährlich um 1 %, erstmals ein Jahr nach dem jeweiligen Rentenbezug.^{#)} Die Erhöhung bezieht sich jeweils auf die vor dem Erhöhungstermin zuletzt maßgebende Rente.

Soweit unsere Beitragsleistungen in die zur Rückdeckung der Zusage von uns abgeschlossenen vorgenannten Rückdeckungsversicherung dazu führen, dass wir aus der Rückdeckungsversicherung höhere Leistungen als die in dieser Zusage vorgesehenen Versorgungsleistungen beanspruchen können, erhöhen sich die laufenden Rentenleistungen auf diesen Betrag, jeweils ab dem Zeitpunkt, ab dem die Erhöhung der Versicherungsleistungen wirksam geworden sind. Eine einmal erfolgte Erhöhung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.

5. Verfügungsverbot

Abtretungen, Verpfändungen oder andere Verfügungen über die Versorgungsleistung dürfen, um den Zweck der Versorgung sicherzustellen, nicht vorgenommen werden. Sie bleiben uns gegenüber unwirksam.

^{#)} U. E. muss bei wertpapiergebundenen Zusagen die zugesagte Rentensteigerung nach Ausübung des Rentenwahlrechts versichert werden.

6. Vorbehalte

Wir behalten uns vor, die zugesagten Leistungen zu kürzen oder einzustellen, wenn die bei Erteilung der Pensionszusage maßgebenden Verhältnisse sich nachhaltig so wesentlich geändert haben, dass uns die Aufrechterhaltung der zugesagten Leistungen auch unter objektiver Beachtung der Belange des Versorgungsberechtigten nicht mehr zugemutet werden kann.

7. Änderungen der Zusage

Eine Änderung oder Aufhebung dieser Pensionszusage bedarf der schriftlichen Vereinbarung zwischen Ihnen und uns. Eine Zustimmung Ihres versorgungsberechtigten Hinterbliebenen ist nicht erforderlich.

8. Rückdeckungsversicherung

Die Verpflichtungen aus dieser Zusage werden wir durch einen auf Ihr Leben abgestellten Versicherungsvertrag rückdecken. Alle Ansprüche aus diesem Vertrag stehen ausschließlich uns zu. Sie verpflichten sich, alle hierfür erforderlichen Angaben zu machen und sich gegebenenfalls ärztlich untersuchen zu lassen.

II. Verpfändung der Rückdeckungsversicherung

Wir haben bei der Allianz Lebensversicherungs-AG folgende Rückdeckungsversicherung abgeschlossen:

Versicherung Nr. _____

Aus der Versicherung sind wir anspruchsberechtigt.

Zur Sicherung der jeweiligen

- Versorgungsansprüche aus der von uns erteilten Pensionszusage (**Regelfall**)
- Versorgungsansprüche, die nicht gemäß §§ 7 ff BetrAVG insolvenzgeschützt sind, weil sie die jeweils gültigen Höchstgrenzen des § 7 Abs. 3 BetrAVG überschreiten (**Absicherung von Spitzenrisiken**),

verpfänden wir die Versicherungsleistung einschließlich etwaiger Zusatzversicherungen an Sie *) und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ihren versorgungsberechtigten Ehegatten,
Frau/Herrn _____, geb. am _____
oder

Ihren Lebenspartner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft,
Frau/Herrn _____, geb. am _____
oder

Ihren Lebensgefährten,
Frau/Herrn _____, geb. am _____

sowie an Ihre versorgungsberechtigten Kinder,

_____, geb. am _____,
_____, geb. am _____,
_____, geb. am _____

*) Fußnote siehe nächste Seite

Das zugunsten Ihres Ehegatten, Ihres Lebenspartners einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, Ihrer versorgungsberechtigten Kinder bzw. Ihres Lebensgefährten bestellte Pfandrecht geht Ihrem Pfandrecht im Range nach. Soweit laufende Versicherungsleistungen (Renten) vorgesehen sind, stehen diese abweichend von den §§ 1281, 1282 BGB bei Fälligkeit uns so lange zu, wie Sie bzw. Ihre anspruchsberechtigten Hinterbliebenen der Allianz Lebensversicherungs-AG nicht schriftlich angezeigt haben, dass wir mit unserer Leistungspflicht aus der Pensionszusage in Verzug sind.

Sofern im Rahmen des Versorgungsausgleichs die Teilung Ihrer durch dieses Pfandrecht gesicherter Versorgungsansprüche aus der von uns erteilten Pensionszusage nach dem Versorgungsausgleichsgesetz erfolgt, stimmen Sie bereits jetzt einer Teilkündigung der Rückdeckungsversicherung durch uns zu. Durch die Teilkündigung sinkt das Deckungskapital. Die Versicherungsleistungen reduzieren sich dadurch. Sie stimmen schon jetzt zu, dass der aufgrund der Teilkündigung entnommene Rückkaufswert abweichend von § 1281 BGB uns zur Verfügung steht.

Die Verpfändung zeigen wir der Allianz an. Auch Sie können der Allianz in unserem Namen die Verpfändung anzeigen. Mit der Anzeige an die Allianz wird die Verpfändung wirksam.

Datum

Stempel und Unterschrift der Firma

Versorgungsberechtigter

versorgungsberechtigter Ehegatte, eingetragener
Lebenspartner oder Lebensgefährte

sonstige Sorgeberechtigte⁺⁾

versorgungsberechtigte volljährige Kinder

Wichtiger Hinweis:

^{*)} Die Verpfändung erfolgt nur an die genannte Personen. Wird eine andere Person versorgungsberechtigt oder kommen weitere versorgungsberechtigte Personen hinzu, so ist für diese eine neue Pfandrechtsbestellung vorzunehmen.

⁺⁾ Gilt zugleich als Unterschrift für minderjährige Kinder. Volljährige Kinder müssen selbst unterschreiben.

1. Ausfertigung: Versorgungsberechtigter
2. Ausfertigung: Arbeitgeber
3. Ausfertigung: an Allianz als Anzeige der Verpfändung